LANDKREIS WOLFENBÜTTEL

Geschäftszeichen II/60/600/Ma Wolfenbüttel, den 06.12.2018

P r o t o k o l l

über die 13. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Landwirtschaft, Bauen, Klimaschutz und Atommüllrückholung

Sitzungstermin:	Montag, 03.12.2018
Sitzungsbeginn:	18:05 Uhr
Sitzungsende:	19:20 Uhr
Ort, Raum:	Landkreis Wolfenbüttel, Bahnhofstr. 11, 38300 Wolfenbüttel, großer Sitzungssaal

Teilnehmerinnen/Teilnehmer

Vorsitz
Löhr, Norbert

Ordentliche Mitglieder
Barnstorf-Brandes, Jürgen
Eichenlaub, Joachim
Ganzauer, Oliver
Glier, Andreas
Koch, Manfred
Meyn, Lennie — Vertreter von Marcus Bosse
Münch, Janna
Nagel, Hilmar
Stoppok, Arnfred

Grundmandat (nicht stimmberechtigtes Mitglied)
Fach, Thomas

Beratende Mitglieder
Dalchow, Olaf
Polzin, Bruno
Schwetje, Gerhard — Kreislandwirt
Weber-Schönian, Ina — Beauftragte für Naturschutz und Landschaftspflege für den Landkreis Wolfenbüttel

Von der Verwaltung
Steinbrügge, Christiana — Landrätin
Schillmann, Claus-Jürgen — Dezernent II
Volkers, Sven — Amtsleiter Amt Bauen und Planen

Wronski, Ulrike	Abteilungsleiterin Abteilung Natur- und Landschaftsschutz
Jokmin, Eva	Abteilung Natur- und Landschaftsschutz
Schäfer, Anne	Abteilung Natur- und Landschaftsschutz
Maier, Susanne	Schriftführerin

Es fehlen:

Bosse, Marcus	
Brandt, Volker	
Grabenhorst-Quidde, Sarah	
Grenz, Stephan	
Neumann, Erica	ADFC
von Veltheim, Alexander	

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit (§§ 23, 5b GO)
3. Feststellung der Tagesordnung (§§ 23, 5c GO)
4. Genehmigung des Protokolls über die 12. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Landwirtschaft, Bauen, Klimaschutz und Atommüllrückholung vom 15.10.2018 (§§ 23, 5d GO)
5. Anfragen (§§ 23, 5e GO)

5.1. Einwohnerfragestunde (§§ 23, 18 GO)

5.2. Anfragen von Kreistagsmitgliedern/ Ausschussmitgliedern (§§ 23, 17 GO)

6. Errichtung von Arbeitsorten (Co-Working-Spaces) als infrastrukturelle Unterstützung von Unternehmensgründungen; hier: Standort Remlingen (Forum Asse)
   Vorlage: XVIII-0374/2018
7. Samtgemeinde Elm-Asse, Bahnhof Schöppenstedt; hier: Erhöhung der Zuwendung zur Finanzierung des Ausbaus des Bahnhofsvorplatzes
   Vorlage: XVIII-0375/2018
8. Haushaltssatzung des Landkreises Wolfenbüttel für das Haushaltsjahr 2019 (Die Vorlage wird mit der Einladung für den Jugendhilfeausschuss übersandt)
   Vorlage: XVIII-0371/2018
9. Verordnung über das Naturschutzgebiet „Herzogsberge“ im Landkreis Wolfenbüttel" (NSG BR 150) - Sicherung Natura 2000-Gebiet
   Vorlage: XVIII-0380/2018
10. Rückholung des Atommülls aus der Schachtanlage - Weiterentwicklung und Fortsetzung der Asse 2 Begleitgruppe Asse II; hier: Bericht der Verwaltung

11. Bericht der Landrätin über wichtige Angelegenheiten ggf. mit Aussprache (§ 85 Abs. 4 NKomVG, §§ 23, 5h GO)
12. Einwohnerfragestunde (§§ 23, 18, 5i GO)

Öffentliche Sitzung

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Vorsitzender Löhr eröffnet um 18:05 Uhr die 13. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Landwirtschaft, Bauen, Klimaschutz und Atommüllrückholung des XVIII. gewählten Kreistages und begrüßt die Anwesenden.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit (§§ 23, 5b GO)

Vorsitzender Löhr stellt fest, dass die Einladung den Ausschussmitgliedern ordnungsgemäß zugegangen ist und der Ausschuss beschlussfähig ist.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung (§§ 23, 5c GO)

Vorsitzender Löhr fragt, ob Änderungen und/oder Ergänzungen der Tagesordnung beantragt werden. Änderungs- und Ergänzungswünsche liegen nicht vor.

TOP 4 Genehmigung des Protokolls über die 12. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Landwirtschaft, Bauen, Klimaschutz und Atommüllrückholung vom 15.10.2018 (§§ 23, 5d GO)

Vorsitzender Löhr ruft den Tagesordnungspunkt zur Abstimmung auf.

Ohne weitere Aussprache fasst der Ausschusses für Umwelt, Landwirtschaft, Bauen, Klimaschutz und Atommüllrückholung einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Die Niederschrift der 12. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Landwirtschaft, Bauen, Klimaschutz und Atommüllrückholung wird genehmigt.

TOP 5 Anfragen (§§ 23, 5e GO)

TOP 5.1 Einwohnerfragestunde (§§ 23, 18 GO)

Vorsitzender Löhr ruft den Tagesordnungspunkt auf. Da kein Einwohner anwesend ist, schließt Vorsitzender Löhr den Tagesordnungspunkt.

TOP 5.2 Anfragen von Kreistagsmitgliedern/ Ausschussmitgliedern (§§ 23, 17 GO)

Vorsitzender Löhr eröffnet den Tagesordnungspunkt. Da keine Wortmeldungen bestehen, schließt Vorsitzender Löhr den Tagesordnungspunkt.

TOP 6 Errichtung von Arbeitsorten (Co-Working-Spaces) als infrastrukturelle Unterstützung von Unternehmensgründungen; hier: Standort Remlingen (Forum Asse) Vorlage: XVIII-0374/2018

Vorsitzender Löhr ruft den Tagesordnungspunkt auf und eröffnet die Aussprache.

KAbg. Meyn fragt nach den möglichen Zielgruppen für die Co-Working-Spaces in Remlingen. Weiter möchte er wissen, wie der Landkreis Wolfenbüttel plane, die Ansiedlung für potenzielle Mieter attraktiv zu machen.

Dezernent Schillmann führt aus, dass die Co-Working-Spaces eine neue Form der Wirtschaftsförderung darstellen würden. Hier sei eine Tandemlösung vorgesehen. Der Standort in Remlingen solle eine Ergänzung zu dem Bereich am Exer darstellen, z. B. für Start-Up-Unternehmen. In der Vorlage seien verschiedene Zielgruppen aufgeführt, bei denen man sich eine Ansiedlung vorstellen könne. Diese Aufzählung sei aber nicht abschließend. Für einen wirtschaftlichen Erfolg seien viele Akteure erforderlich. Eine der derzeitigen Ideen sei es, Firmen zu finden, die im Zusammenhang mit der Rückholung stehen würden. Mögliche weitere Akteure seien u. a. der GeoPark Harz.Braunschweiger Land.Ostfalen (geplantes Regionalmagazin), die Senckenberg Gesellschaft für Naturforschung (Citizen Science), Prof. Dr. Ulrich Joger vom Staatlichen Naturhistorischen Museum in Braunschweig (Paläontologie), Dr. Michael Geschwinde vom Niedersächsischen Landesamt für Denkmalpflege sowie die Technischen Universitäten in Clausthal und Braunschweig (Colloquien). Angedacht sei weiter, ein Archiv für Asse-Akten in Remlingen einzurichten. Darüber hinaus könne man auch über eine Ansiedlung des Kreismagazins nachdenken.

Dezernent Schillmann bestätigt auf die Nachfrage von KAbg. Meyn, dass der in der Vorlage genannte Betrag nur für die Co-Working-Spaces in Remlingen vorgesehen sei.

Landrätin Steinbrügge ergänzt, dass es sich hier nicht um ein Co-Working-Space im klassischen Sinne handeln würde. Es sei ein dynamischer Prozess, bei dem sich das Konzept weiterentwickele.

Dezernent Schillmann bestätigt die Aussage von KAbg. Glier, dass geplant sei, weiterhin beide Standorte der vorgesehenen Co-Working-Spaces zu unterstützen.

KAbg. Ganzauer erklärt, dass seine Fraktion den Plänen grundsätzlich positiv gegenüberstehen würde, dass sich diese aber aufgrund der geäußerten Anfragen bei der Abstimmung enthalten werde.

Nach einer ergänzenden Ausführung durch den Vorsitzenden Löhr fasst der Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Bauen, Klimaschutz und Atommüllrückholung ohne weitere Aussprache nachstehende

Beschlussempfehlung:

Der Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Bauen, Klimaschutz und Atommüllrückholung empfiehlt einstimmig bei vier Enthaltungen dem Kreisausschuss, dem Kreistag zu empfehlen, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Die Landrätin wird beauftragt, am Standort Remlingen im geplanten Forum Asse die Errichtung eines Co-Working-Spaces zu unterstützen.

2. Für erforderliche Planungsleistungen und/oder als möglichen Co-Finanzierungsanteil wird für das Jahr 2019 ein Betrag in Höhe von 100.000 € zur Verfügung gestellt.

TOP 7 Samtgemeinde Elm-Asse, Bahnhof Schöppenstedt; hier: Erhöhung der Zuwendung zur Finanzierung des Ausbaus des Bahnhofsvorplatzes Vorlage: XVIII-0375/2018

Vorsitzender Löhr eröffnet den Tagesordnungspunkt und bittet um Wortmeldungen.

KAbg. Koch fragt, ob die Gesamtfinanzierung gesichert sei und regt an, dies bei dem Beschluss zum Vorbehalt zu machen.

Dezernent Schillmann erklärt, dass nach seinem Kenntnisstand die Finanzierung gesichert sei, dass dies aber bei dem Beschluss zum Vorbehalt gemacht werden könne. Die Beschlussvorlage könne entsprechend ergänzt werden. Darüber hinaus gibt er an, dass der Betrag nur zur Verfügung gestellt werde, wenn auch die weiteren bereits zugesagten Fördergelder gezahlt werden würden. Er solle dazu beitragen, dass Finanzierungsdefizit der Stadt Schöppenstedt zu minimieren.

KAbg. Koch und KAbg. Ganzauer fragen nach, ob der Stadt Schöppenstedt die Zusagen für Fördergelder schriftlich vorliegen würden.

Dezernent Schillmann antwortet, dass er keinen Grund sehe, daran zu zweifeln.

KAbg. Glier erkundigt sich nach dem Grund für die gestiegenen Kosten.

KAbg. Ganzauer führt, an, dass die Planungen bereits weit zurückliegen würden und dass man sich daraus die Preissteigerung erklären könne.

Dezernent Schillmann ergänzt, dass er die Gesamtsteigerungsrate in der Größenordnung für realistisch erachte.

KAbg. Nagel spricht sich auch dafür aus, einen Vorbehalt in den Beschluss mit aufzunehmen.

Da keine weiteren Fragen bestehen, fasst der Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Bauen, Klimaschutz und Atommüllrückholung ohne weitere Aussprache nachstehende veränderte

Beschlussempfehlung:

Der Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Bauen, Klimaschutz und Atommüllrückholung empfiehlt einstimmig dem Kreisausschuss, dem Kreistag zu empfehlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Unter dem Vorbehalt, dass die Gesamtfinanzierung gesichert ist und der tatsächlichen Inanspruchnahme der zugesagten Fördermittel der weiteren Fördergeber, erhält die Stadt Schöppenstedt für den Umbau des Bahnhofsvorplatzes in Schöppenstedt für die Ausgaben, die bei anderen Zuwendungsgebern als nicht zuwendungsfähig angesehen werden, eine Zuwendung in Höhe von maximal 150.000 €.

TOP 8 Haushaltssatzung des Landkreises Wolfenbüttel für das Haushaltsjahr 2019 (Die Vorlage wird mit der Einladung für den Jugendhilfeausschuss übersandt) Vorlage: XVIII-0371/2018

Vorsitzender Löhr eröffnet den Tagesordnungspunkt und übergibt das Wort an Dezernent Schillmann.

Dezernent Schillmann erläutert die Vorlage Nr. XVIII-0371/2018. Insbesondere gibt er Informationen zu einzelnen Ansätzen in den Teilhaushalten 60 und 64. In diesem Zusammenhang führt er an, dass die Schwerpunkthemen der Klimaschutz, die biologische Vielfalt, die Biotopvernetzung und die Denkmalpflege seien.

Vorsitzender Löhr bedankt sich bei Dezernent Schillmann und eröffnet die Aussprache.

Dezernent Schillmann bestätigt auf Anfrage von KAbg. Ganzauer, dass für die Zuwendungen seitens der Stiftung Zukunftsfonds Asse bereits Zusagen vorliegen würden

In der weiteren Aussprache sprechen sich die Abgeordneten dafür aus, die Vorlage zur Beratung in die Fraktionen zurückzugeben. Aus diesem Grund fasst der Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Bauen, Klimaschutz und Atommüllrückholung einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Die Vorlage Nr. XVIII-037/2018 wird zur Beratung in die Fraktionen zurückverwiesen. Es wird dem Kreisausschuss überlassen, eine Beschlussempfehlung an den Kreistag abzugeben.

TOP 9 Verordnung über das Naturschutzgebiet „Herzogsberge“ im Landkreis Wolfenbüttel" (NSG BR 150) - Sicherung Natura 2000-Gebiet Vorlage: XVIII-0380/2018

Vorsitzender Löhr ruft den Tagesordnungspunkt auf und übergibt das Wort an Frau Wronski.

Frau Wronski erläutert die Vorlage Nr. XVIII-0380/2018.

Vorsitzender Löhr bedankt sich bei Frau Wronski und bittet um Wortmeldungen.

KAbg. Koch erkundigt sich nach den weiteren baulichen Entwicklungsmöglichkeiten der Gemeinde Cremlingen in Bezug auf den betreffenden Bereich.

Frau Wronski antwortet, dass die Ausweisung nicht mit den derzeitigen Flächennutzungs- und Bebauungsplanungen kollidiere. Eine Abstimmung mit der Gemeinde sei erfolgt. Sie macht deutlich, dass die Untere Naturschutzbehörde die Pflicht habe, die betreffenden Flächen zu sichern und somit keine Möglichkeit habe zurückzuweichen.

KAbg. Nagel fragt nach, wie geplant sei, die Wege zu kennzeichnen.

Frau Wronski führt aus, dass die Kennzeichnung durch kleine Holzpflöcke mit einer kleinen Metallbanderole mit dem Zeichen für Naturschutzgebiete im oberen Bereich erfolgen werde, die entlang der Wege in größeren Abständen gesetzt werden würden.

Auf Nachfrage von KAbg. Nagel, ob es Einschränkungen für den Waldkindergarten gebe, erwidert Frau Wronski, dass es für diesen keine Einschränkungen geben werde. Die rechtskräftige Genehmigung des Waldkindergartens habe weiter Bestand.

Herr Dalchow bedankt sich bei der Verwaltung für die Arbeit. Er führt aus, dass dem Schäfermeister Christoph Bokelmann durch die Ausweisung des Naturschutzgebietes öffentliche Fördergelder aus der Sparte EU-Agrarpolitik verloren gehen würden und fragt, ob es bereits Lösungen gebe, wie dies kompensiert werden könnte.

Frau Wronski erläutert, dass die Untere Naturschutzbehörde bereits diesbezüglich im Gespräch mit dem Niedersächsischen Ministerium für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz und mit dem Niedersächsischen Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz sei, um eine Lösung zu finden.

Darüber hinaus erkundigt sich Herr Dalchow, ob die Einsatzzeiten der Wildhüter ausgedehnt werden könnten, um Konflikte durch die Ausweisung des Naturschutzgebietes zu vermeiden.

Dezernent Schillmann führt aus, dass die Regelungen so gefasst worden seien, um das Konfliktpotenzial so gering wie möglich zu halten und dass daher u. a. auch das Wegekonzept mit aufgenommen worden sei.

KAbg. Eichenlaub möchte wissen, ob die Kinder des Waldkindergartens die für sie vorgesehenen Bereiche weiter werden nutzen können.

Frau Wronski antwortet, dass der Waldkindergarten grundsätzlich das Gebiet im Rahmen der bestehenden Genehmigung weiter nutzen dürfe.

Frau Jokmin ergänzt, dass in der bestehenden Genehmigung ein Auflagenvorbehalt enthalten sei und dass bei Bedarf im Einzelfall neue Regelungen getroffen werden würden.

Darüber hinaus fragt KAbg. Eichenlaub, ob die Nachtwache für das Osterfeuer in der bisherigen Form bestehen bleiben könne.

Frau Wronski erklärt, dass der Kompromiss erfolgt sei, dass das Osterfeuer grundsätzlich weiter stattfinden dürfe, dass aber in Bezug auf die Nachtwache Einschränkungen hinzunehmen seien.

Frau Weber-Schönian erläutert in Bezug auf die Wildhüter, dass sich deren Tätigkeit derzeit auf den Zeitraum vom 01.04. – 31.10 eines jeden Jahres beschränke. Sie halte es aber für erforderlich, die Tätigkeit nach der Ausweisung des Naturschutzgebietes auf das ganze Jahr auszudehnen.

KAbg. Ganzauer erkundigt sich bezüglich des Schäfermeisters nach der Summe der wegfallenden Fördergelder und danach, ob ihm Kompensationsflächen zur Verfügung gestellt werden würden.

Frau Wronski stellt klar, dass der Schäfermeister weiterhin dieselben Flächen nutzen könne wie bisher. Die Fördergelder in Höhe von ca. 40.000,00 € pro Jahr würden wegfallen, da der Bereich durch die Ausweisung des Naturschutzgebietes anders zu bewirtschaften und somit nicht mehr förderwürdig sei.

Dezernent Schillmann und Frau Wronski erklärten auf Nachfrage von KAbg. Ganzauer, dass eine Unterweisung der Wildhüter aufgrund der neuen Gegebenheiten erfolgen werde.

Da keine weiteren Fragen bestehen, fasst der Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Bauen, Klimaschutz und Atommüllrückholung ohne weitere Aussprache nachstehende

Beschlussempfehlung:

Der Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Bauen, Klimaschutz und Atommüllrückholung empfiehlt einstimmig dem Kreisausschuss, dem Kreistag zu empfehlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Die in der Anlage 6 (maßgebliche Karte) dargestellten Flächen werden durch die als Anlage 3.1 bis 3.4 beigefügte Verordnung, einschließlich der Anhänge A – C, zum Naturschutzgebiet „Herzogsberge“ erklärt.

Die bestehende Verordnung für das Landschaftsschutzgebiet „Herzogsberge und angrenzende Landschaftsteile“ vom 11.03.2004 wird für den Geltungsbereich des Naturschutzgebietes „Herzogsberge“ aufgehoben.

TOP 10 Rückholung des Atommülls aus der Schachtanlage - Weiterentwicklung und Fortsetzung der Asse 2 Begleitgruppe Asse II; hier: Bericht der Verwaltung

Vorsitzender Löhr ruft den Tagesordnungspunkt auf und übergibt das Wort an Dezernent Schillmann.

Dezernent Schillmann erläutert, dass die Organisation der Asse 2 Begleitgruppe wie geplant verändert werde. Zzt. werde die europaweite Ausschreibung für das Organisationsbüro vorbereitet. Geplant sei, die Besetzung bis Mitte 2019 abzuschließen.

Darüber hinaus seien die Expertisen für die neu zu formierende Arbeitsgruppe Option Rückholung (AGO) beschlossen worden.

Anmerkung der Verwaltung:
Expertisen:
- Rückholungsplanung / Notfallplanung
- Geologie / Hydrogeologie / Geophysik / Gebirgsmechanik
- Geochemie / Strahlenchemie
- Strahlenschutz / Abfallbehandlung / Konditionierung
- Strahlenmedizin / Strahlenbiologie / Radioökologie
- Expertise nach Bedarf

Die europaweite Ausschreibung für die Expertengruppe erfolge durch das Karlsruher Institut für Technologie (KIT). Es sei geplant 5 Experten auszuwählen mit der Option eine 6. Person für Einzelexpertisen hinzuzuziehen. Auch hier plane man, das Verfahren bis Mitte 2019 abzuschließen.

Weiterhin führt Dezernent Schillmann aus, dass der Bund plane, aus der Förderung des Instituts für Wissensanalyse und Wissenssynthese (IWW) auszusteigen. Das IWW habe die Aufgabe, die Akten

aus dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss zur Schachtanlage Asse II zu digitalisieren. Das Ziel des Bundes sei, die Verantwortung an die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) abzugeben. Die Asse 2 Begleitgruppe spreche sich jedoch dafür aus, das Institut zu erhalten, um die Neutralität zu wahren. Aus diesem Grund habe man einen Entschließungsantrag verabschiedet. Es sei geplant, diesen durch die kommunalen Vertretungen beschließen zu lassen.

Anmerkung der Verwaltung:
Der Entschließungsantrag ist als **Anlage 1** beigefügt.

Der Entschließungsantrag solle dem Kreisausschuss vorgelegt werden mit dem Ziel, dass der Kreistag diesen beschließt.

Vorsitzender Löhr bedankt sich bei Dezernent Schillmann und bittet um Wortmeldungen.

KAbg. Nagel erkundigt sich danach ob geplant sei, die Umgebungsüberwachung, die aus seiner Sicht bisher vernachlässigt worden sei, zukünftig auszudehnen.

Dezernent Schillmann merkt an, dass die bisherige Kommunikation anscheinend nicht ausreichend gewesen sei. Im August habe eine Sitzung in Remlingen zusammen mit der Samtgemeinde Elm-Asse stattgefunden, bei der die diesbezüglichen Pläne öffentlich gemacht worden seien. Es sei vereinbart worden, dieses Thema bereits jeweils im 1. Halbjahr eines jeden Jahres zu behandeln. Es werde in diesem Zusammenhang zudem noch eine Vorlage erstellt, die dann auch in diesem Ausschuss behandelt werde. Abschließend stellt er klar, dass alle formal notwendigen Maßnahmen in Bezug auf die Umgebungsüberwachung bereits mindestens erfüllt werden würden.

Da keine weiteren Wortmeldungen erfolgen, schließt Vorsitzender Löhr den Tagesordnungspunkt.

TOP 11 Bericht der Landrätin über wichtige Angelegenheiten ggf. mit Aussprache (§ 85 Abs. 4 NKomVG, §§ 23, 5h GO)

Vorsitzender Löhr eröffnet den Tagesordnungspunkt.

Dezernent Schillmann führt aus, dass man bei der Einrichtung eines Pegelmesssystems in Bezug auf den Hochwasserschutz gut vorankomme. Der erste Pegel werde voraussichtlich noch in diesem Jahr installiert.

Darüber hinaus berichtet Dezernent Schillmann über den Sachstand bezüglich des Themas Regionalvermarktung. Über die bereits bestehende Marke „von uns“ hinaus sei eine Internetplattform für die regionale Nahversorgung (www.markterei.de) eingerichtet worden. Aus seiner Sicht sei es wichtig, die bäuerliche Landwirtschaft zu unterstützen.

Da keine weiteren Angelegenheiten vorliegen, schließt Vorsitzender Löhr den Tagesordnungspunkt.

TOP 12 Einwohnerfragestunde (§§ 23, 18, 5i GO)

Da keine Anfragen gestellt werden, schließt Vorsitzender Löhr um 19:20 Uhr mit Dank für die gute Zusammenarbeit die Sitzung.

Protokollführerin	Dezernent

gez. Löhr

Vorsitzender